

Die österreichische Gemeinwirtschaft im Wandel der sozialistischen Idee

I

Der Auflösungsprozeß der feudalen Produktionsweise hat bekanntlich mehrere Jahrhunderte gedauert. Im 19. Jahrhundert beschränkt sich der Kapitalismus auf Westeuropa und auf die Vereinigten Staaten von Amerika. Erst gegen das Ende des 19. Jahrhunderts tritt er dann einen raschen Siegeszug über große Teile der übrigen Welt an.

Interessanterweise haben die Väter des wissenschaftlichen Sozialismus erwartet, daß sich die neue kollektivistische Produktionsweise in einem knappen Jahrhundert durchsetzen würde. Ihr Optimismus war offenbar auf der Annahme gegründet, daß die hochentwickelten kapitalistischen Länder Westeuropas noch im 19. Jahrhundert den ersten radikalen Schritt zum Aufbau der neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung vollziehen würden. Es wäre ein lohnendes wissenschaftliches Unterfangen, die Ursachen bloßzulegen, warum sich der Übergangsprozeß vom Kapitalismus zum Sozialismus in den kapitalistischen Zentren weitaus langsamer vollzieht, als es *Marx*, *Engels*, *Lassalle* und *Kautsky* angenommen haben. Auch die Formen dieses Übergangsprozesses entsprechen kaum den Vorstellungen der sozialistischen Klassiker.

In der Zeit vor dem 1. Weltkrieg hat die Sozialdemokratische Partei Österreichs in zwei programmatischen Erklärungen (auf dem *Hainfelder* Parteitag im Jahre 1888 und auf dem Parteitag zu *Wien* im Jahre 1901) zu dem hier behandelten Problemkreis Stellung genommen. In beiden Fällen ist die Denkweise und Argumentation noch ganz in den klassischen Traditionen verwurzelt. Die Übernahme der politischen Macht durch die Arbeiterklasse ist, nach Ansicht der Autoren der beiden Resolutionen, die Voraussetzung für den Übergang der Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit.

Die beiden programmatischen Erklärungen geben uns keine Auskunft darüber, wie groß der Umfang der zu vergesellschaftenden Produktionssphäre sein soll oder wie lange man sich die Dauer des Übergangs vom Privatbesitz zum Gemeinbesitz vorstellt. Die Autoren waren wohl der Ansicht, daß eine solche Präzisierung ihrer Auffassung in einem nur der ideologischen Verständigung zugedachten Dokument kaum vonnöten sei.

Wer die sozialistische Tagesliteratur der damaligen Zeit nur einigermaßen kennt, kann diese gedankliche Lücke allerdings leicht ergänzen. Im allgemeinen herrschten in der Partei recht optimistische Erwartungen über die Möglichkeit einer raschen und radikalen Reform der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor.

In den Jahren 1918 und 1919 ist die Frage der Nationalisierung der österreichischen Industrie im Mittelpunkt einer breit angelegten öffentlichen Diskussion gestanden. Dies war natürlich kein Zufall, sondern entsprang der geänderten gesellschaftlichen Stellung der österreichischen Arbeiterklasse sowie den spektakulären Verschiebungen des Kräfteverhältnisses in der Arena der Weltpolitik. Das wichtigste parteipolitische Dokument aus jener Zeit ist „Der Weg zum Sozialismus“, von *Otto Bauer*, als programmatische Erklärung und als Leitfaden für die Sozialisierungsbestrebungen der Partei in den kommenden Jahren gedacht. Hier wird zum erstenmal ein „Fahrplan“ für die staatliche Übernahme der Schlüsselindustrien und der Großbanken sowie ein konkreter Vorschlag für eine Organisationsform des verstaatlichten Industriebetriebes der Öffentlichkeit vorgelegt. In der „Gemeinwirtschaftlichen Anstalt“, die in dem Gesetz vom 29. Juli 1919 ihren juristischen Niederschlag fand, sollen Vertreter des Staates, der Arbeiter und Angestellten und der Konsumenten den entscheidenden Einfluß auf die Geschäftspolitik der Unternehmung ausüben.

Die Hoffnung der Sozialdemokratischen Partei auf eine rasche und gründliche Umwälzung der Produktionsverhältnisse erwies sich aber als verfrüht. Nach dem Abebben der revolutionären Welle in den frühen zwanziger Jahren befand sich die österreichische Arbeiterklasse wieder in der Defensivstellung, in der sie es schwer fand, selbst die sozialpolitischen Errungenschaften der unmittelbaren Nachkriegszeit erfolgreich zu verteidigen.

Diese Defensivstellung kommt in dem berühmten *Linzer Programm* vom Jahre 1926 sehr deutlich zum Ausdruck. Wir können uns hier nur mit den Abschnitten beschäftigen, die auf das Problem der künftigen Wirtschaftsordnung eingehen. Ähnlich wie in den programmatischen Erklärungen der Jahre 1888 und 1901 wird auch hier davon gesprochen, daß die Arbeiterklasse den Staat als Machtmittel benützen müsse, um die Produktions- und Tauschmittel in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen. Das mag den Eindruck erwecken, als ob die Partei auch in den zwanziger Jahren noch ganz in den Vorstellungen der klassischen Periode befangen war. Aber dem war keineswegs so. In dem Kapitel über „Wirtschaftspolitik“ werden praktische Maßnahmen für die Weiterentwicklung der „Gemeinwirtschaft“ dargelegt. (Der Ausdruck „Gemeinwirtschaft“ findet sich hier im übrigen zum ersten Male in einem sozialdemokratischen Parteiprogramm.) Die Partei verlangt im einzelnen die Förderung „der Genossenschaften der Arbeiter, der gewerblichen und bäuerlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der *gemeinwirtschaftlichen Anstalten*, der Staats- und Gemeindebetriebe“ (Hervorhebung vom Autor).

Diese Forderung nach dem Ausbau der österreichischen Gemeinwirtschaft spiegelt die allmähliche Ausbreitung evolutionären Gedankengutes in den Reihen der Sozialdemokratie wider. Man will nun nicht mehr auf jenen fernen Tag warten, an dem die Arbeiterklasse stark genug sein wird, um den Umbau der kapitalistischen Produktionsweise rasch und radikal zu betreiben. Auch im Kapitalismus, also unter Bedingungen einer vorwiegend marktwirtschaftlich orientierten Produktionsweise, sollen kooperative Formen der Produktion geschaffen und weiterentwickelt werden. (Man mag einwenden, daß auch diese Idee altes lassalleisches Gedankengut ist und deshalb schon dem gesellschaftspolitischen Instrumentarium des 19. Jahrhunderts angehört hat. Dies soll natürlich nicht bestritten werden. Aber es ist das erste Mal, daß evolutionäre Gedankengänge dieser Art Eingang in ein Programm der seit Hainfeld geeinigten Sozialdemokratischen Partei finden.)

Die dramatischen Änderungen im innenpolitischen Kräfteverhältnis nach dem zweiten Weltkrieg finden ihren vielleicht deutlichsten Ausdruck in den *Verstaatlichungsgesetzen* der Jahre 1946 und 1947. Mehr als 70 industrielle Unternehmen und die drei größten österreichischen Banken werden zu dieser Zeit in das öffentliche Eigentum überführt. Der verstaatlichte Sektor kommt damit zur Gänze für die Erzeugung von Elektrizität, Eisen, Stahl, Kohle, Erdöl, Aluminium und einiger anderer Nichteisenmetalle auf. Ferner werden ihm auch einige bedeutende Unternehmen der Maschinen-, Fahrzeug- und Elektroindustrie sowie der chemischen Industrie angegliedert. Da die drei verstaatlichten Banken Kontrolle und Einfluß auf einen beträchtlichen Teil der Konsumgütererzeugung ausüben, dehnt sich der staatliche Machtbereich — wenigstens auf dem Papier — bis in die Sphäre der Finalindustrie aus.

Die Verstaatlichungsgesetze aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg sind natürlich das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Dieses erblickt in der Nationalisierung der Energiewirtschaft und wesentlicher Bereiche der Grundstoffherzeugung noch keinen „systemwidrigen“ Eingriff in die althergebrachte Wirtschaftsordnung. Und es ist auch bereit, der „Expropriation“ von Unternehmen in der Finalgüterindustrie zuzustimmen, sofern ein solcher Akt die Interessen *deutscher* Kapitalisten berührt. Dabei tröstet man sich vielleicht mit dem Gedanken, daß ja die Verstaatlichungsgesetze nicht in der Verfassung verankert sind und daß damit nicht das letzte Wort in der Frage der „Grenzziehung“ gesprochen ist.

Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß auch die Vertreter der Arbeiterschaft — nach den langen Jahren der Verfolgung und der ideologischen Isolierung — dem Problem der „Verstaatlichung“ gegenüber keine geschlossene ideologische Front bezogen. Der „rechte“ Flügel erblickte darin bloß ein Instrument für die Durchsetzung machtpolitischer, beschäftigungspolitischer und antimonopolistischer Bestrebungen; ähnlich wie das Bürgertum, sah auch er in der „Grenzziehung“ keine grundsätzliche, sondern eine von reinen Zweckmäßigkeitserwägungen bestimmte Frage.

Der „linke“ Flügel brachte dagegen die „Verstaatlichung“ mit der Einführung eines Systems der *Wirtschaftsplanung* in Verbindung. Er forderte deshalb die Nationalisierung der „Schlüsselindustrien“ (Energie, Grundstoffe und Investitionsgüter), weil seiner Auffassung nach die staatliche Kontrolle über diese Zweige der Volkswirtschaft erst den Aufbau einer funktionsfähigen Planwirtschaft ermöglichte. In dem Aktionsprogramm der Sozialistischen Partei vom Herbst 1947, das hauptsächlich von der „Linken“ inspiriert erscheint, wird deshalb der Ausbau der verstaatlichten Industrie verlangt. Dies wird schon im grundsätzlichen Teil des Programms deutlich ausgesprochen:

„Die restlose Ausnützung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes kann nur gelingen, wenn sie im Interesse der Gesamtheit geplant und gesellschaftlich gelenkt wird.

Der verstaatlichte Teil der österreichischen Wirtschaft wird zusammengefaßt, rationalisiert und ausgebaut werden. Er soll durch Einführung gemeinwirtschaftlicher Unternehmungsformen und voller Betriebsdemokratie zur Sozialisierung weiterentwickelt werden.“

In dem zweiten Teil des Aktionsprogramms, dem sogenannten „Arbeitsprogramm“, werden dann folgende Maßnahmen zum Zwecke der „Abgrenzung der Gemeinwirtschaft von der Privatwirtschaft“ vorgeschlagen:

„Fortführung der Verstaatlichung beziehungsweise Kommunalisierung in folgenden Grenzen: Schlüssel- und Monopolunternehmungen, insbesondere die Großbetriebe der Baustoffindustrie, des Lokomotiv- und Waggonbaues, der Autoindustrie, der Zellwolle- und Kunstseidenerzeugung, der Magnesit- und Aluminiumproduktion, des Brückenbaues, der Stickstoff- und Kautschukerzeugung, der Papiererzeugung, der Lebensmittelindustrie und der Privatversicherungsanstalten.“

Die Aufbruchsstimmung der unmittelbaren Nachkriegszeit weicht recht bald der mehr nüchternen Atmosphäre des Wiederaufbaues. Damit verlieren auch die großen gesellschaftspolitischen Probleme der Planung und Verstaatlichung allmählich an geistiger Anziehungskraft. Die Renaissance der Marktwirtschaft in Westeuropa wird durch die in der UdSSR praktizierte Variante der Planwirtschaft — mit ihrer autoritären Geisteshaltung und ihrer starren Akzentuierung der Schwerindustrie — noch weiter begünstigt.

Erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bahnt sich eine Umkehr dieser Entwicklung an. Zwei Erscheinungen scheinen für dieses neuerliche Vordringen der planwirtschaftlichen Orientierung maßgebend gewesen zu sein: erstens die intensive Beschäftigung mit der Wachstumsproblematik im Westen, deren wirtschaftspolitisches Gegenstück die sogenannte Programmierung ist; und zweitens die immer deutlicher werdenden Auflockerungstendenzen in Politik und Wirtschaft des nachstalinistischen Ostens. Der von der neo-liberalen Schule verkündete Widerspruch zwischen Freiheit und Planung wird so von der Praxis einer sich rasch ändernden Welt widerlegt.

III

Auch in Österreich kommt es nun zu einer Programmierungsdebatte, an der sich vor allem die Vertreter der Arbeiterschaft, aber auch die intelligentesten und weitestblickenden Exponenten des Bürgertums beteiligen. Dabei ist es unvermeidlich, daß auch das Verhältnis zwischen Planung und Gemeinwirtschaft neuerlich überdacht wird. Die starre Formel von einst — „verstaatlichte Schlüsselindustrie und private Konsumgüterindustrie“ — wird nun auf sozialistischer Seite aufgegeben. Man neigt jetzt dazu, die tatsächlich bestehende Grenzziehung anzuerkennen, aber eine „echte Koexistenz“ — mit der gleichen Entwicklungsmöglichkeit für Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft — zu verlangen. Die harmonische Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft soll auf der Grundlage eines demokratisch konzipierten, lockeren Rahmenplanes erfolgen.

Diese Gedanken finden ihren deutlichen Niederschlag in dem Parteiprogramm des Jahres 1958. Diese erste großangelegte programmatische Erklärung der Partei in der Nachkriegszeit ist mit Recht als ein seiner geistigen Grundhaltung nach *orthodoxes* Dokument bezeichnet worden. Die österreichischen Sozialisten bekennen sich darin zu den gleichen Zielen wie ihre geistigen Ahnen von Hainfeld:

„Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeitenden von der kapitalistischen Herrschaft über die Produktionsmittel besteht nodi immer. Sie wird im Zeitalter der politischen Gleichberechtigung härter empfunden als je. Diese Unfreiheit zu beseitigen, ist Aufgabe des Sozialismus. Die Sozialisten wollen dieses Ziel durch Wirtschaftsplanung und durch demokratische Kontrolle der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel sowie der Verteilung des volkswirtschaftlichen Ertrages erreichen.“

Aus dem Satz, der der soeben zitierten Stelle folgt, kann der Leser den Eindruck gewinnen, daß sich weder an den Zielen noch an den — zum Zwecke der Durchsetzung dieser Ziele angewandten — Methoden etwas Wesentliches geändert hat. Die Sozialisten, so heißt es dort, „wollen die wirtschaftlichen *Schlüsselunternehmungen* in eine Gemeinwirtschaft einordnen und die Macht der Manager in Wirtschaft und Verwaltung der Demokratie unterordnen“ (Hervorhebung vom Autor). Der Schluß liegt nahe, daß in dem Programm vom Jahre 1958 auch an der *alten* Grenzziehung zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft festgehalten wird.

Aber ein solcher Eindruck wäre falsch. Dies wird klar, wenn man einen der folgenden Absätze liest, die den wirtschaftlichen Problemen vorbehalten sind. Dort wird in der Frage des Umfanges der zu vergesellschaftenden Sphäre die folgende neue Formulierung gebraucht:

„Nur das Gemeinwohl wird darüber zu entscheiden haben, welche Unternehmungen zu vergesellschafteten sind. Eine Vergesellschaftung wird hauptsächlich für jene großen Unternehmungen

in Frage kommen, deren Machtstellung das wirtschaftliche und politische Gesamtinteresse gefährdet ... Klein- und Mittelbetriebe sowie Eigentum, das der eigenen Arbeit dient, werden keinesfalls vergesellschaftet werden. Angesichts der klein- und mittelbetrieblichen Struktur der österreichischen Wirtschaft werden somit weite Bereiche auch in Zukunft der privaten Unternehmertätigkeit vorbehalten bleiben."

Die Meinung der Partei zur Frage der Abgrenzung der Gemeinwirtschaft gegenüber der Privatwirtschaft ist nach der Veröffentlichung des Programms vom Jahre 1958 in gelegentlich abgegebenen „authentischen“ Interpretationen noch klarer zum Ausdruck gekommen. An die Erweiterung der verstaatlichten Industrie durch Angliederung eines ganzen Wirtschaftszweiges (etwa *aller* Unternehmungen der Maschinen- oder der Elektroindustrie) wird heute nicht mehr gedacht.

Die Festigung der Lage der Gemeinwirtschaft soll in Zukunft mit Hilfe dreier Methoden erfolgen: erstens durch eine intensivere Zusammenarbeit und mitunter auch Zusammenlegung gleichartiger Unternehmungen; zweitens durch die stärkere Ausrichtung der verstaatlichten Industrie auf die Produktion von Fertigwaren; und drittens durch die Vergesellschaftung *einzelner* Unternehmungen, „deren Machtstellung“ (wie das Programm vom Jahre 1958 ausdrückt) „das wirtschaftliche und politische Gesamtinteresse gefährdet“.

Der Schwerpunkt des Programms vom Jahre 1958 liegt dementsprechend nicht in dem Abschnitt über die „Gemeinwirtschaft“, sondern in den Thesen über „Lenkung und Planung“. Hier wird in einigen prägnanten Worten ein System der westlichen Programmierung entworfen:

„Sozialistische Wirtschaft setzt langfristige Planung voraus. Aufgabe dieser Wirtschaftsplanung soll die Erreichung und Sicherung der Vollbeschäftigung, die Steigerung des Sozialprodukts und die Erhöhung des Lebensstandards sein. Eine Plankommission, die unmittelbar dem Parlament untersteht und zu berichten hat, wird die Wirtschaftspläne ausarbeiten. Sie werden ein elastisches Rahmenprogramm und ein jährliches Nationalbudget umfassen. Instrumente der Planung und Lenkung werden vor allem die öffentlichen und privaten Investitionen, die Kredit-, Zoll- und Steuerpolitik und die Beeinflussung des Kapitalmarktes sein.

Eine zweckmäßige Verbindung der Produktionsfaktoren, gestützt auf ein System langfristiger Liefer- und Dienstleistungsverträge mit stabilen Preisen und Tarifen, wird die Verwirklichung dieser Pläne sichern. Innerhalb dieses Rahmens bleiben Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative wirksam.“

Auch in dem „Programm für Österreich“, das im Januar 1966 veröffentlicht wurde, wird der Frage der Programmierung ein prominenter Platz eingeräumt. Die Sozialistische Partei will nunmehr ihre ganze politische Kraft in die Waagschale werfen, um ein demokratisches System der Wirtschaftsplanung schon in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts in Österreich einzuführen. Man muß hinzufügen, daß einem solchen Unterfangen tatsächlich ein hoher Grad der Dringlichkeit zukommt, da sonst Österreich Gefahr läuft, in dem wirtschaftlichen Wettstreit der Nationen immer mehr zurückzubleiben.

Das sozialistische Konzept von Gemeinwirtschaft und demokratischer Planung eröffnet die Perspektive einer raschen, harmonischen und krisenfreien Weiterentwicklung der österreichischen Wirtschaft. Wir glauben, daß die Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber auf der Basis der „Ko-Existenz zwischen Gemeinwirtschaft und Privatwirtschaft“ ein demokratisches und rationales System der Wirtschaftsplanung aufbauen können.

Die Frage eines für beide Teile akzeptablen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden großen wirtschaftlichen Sphären wird sich vermutlich bei jeder wichtigen Etappe der wirtschaftlichen Entwicklung aufs neue stellen. Aber es wäre falsch, sie ausschließlich unter einem politischen Gesichtspunkt zu behandeln. Denn, wie das Beispiel Frankreichs zeigt, erfordert ein funktionsfähiges System der Programmierung einen in einigen Zweigen der Völkerwirtschaft — wie Energie, Verkehrswesen, Grundstoffe, Wachstumsindustrien und Kreditwesen — fest verankerten gemeinwirtschaftlichen Sektor.

